

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Kummelschlag, Bensch, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchsheim, Groß- und KleinReinberg, Klinge, Köhler, Finkhardt, Pomßen, Stauditz, Thronen etc.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.— durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite 80 Pfg., darunter 75 Pfg. Anzeiger Zeit Mk. 1.20. Reklamzeit Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Ausnahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Kautzke entgegen. — Bestellungen werden von den Anzeigern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güntz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 72

Sonntag, den 19. Juni 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Der unterzeichnete Amtshauptmann ist vom 20. Juni bis 24. Juli 1921 beurlaubt; seine Vertretung erfolgt durch Regierungsrat Dr. Diebig.

Grimma, 16. Juni 1921. Dir. 172a.
Amtshauptmann Harbraht.

Es ist wahrzunehmen gewesen, daß der Anordnung vom 25. Mai 1921 (Bekanntmachung in Nr. 62 der Nachrichten für Naunhof) die **Blutlaus in den Gärten zu vertilgen**, in vielen Fällen **nicht nachgekommen** ist. Es wird deshalb hiermit erneut angeordnet, für **sofortige Vertilgung der Blutlaus** unter Anwendung der bekannten Mittel zu sorgen.

Säumigkeiten in dieser Beziehung werden nunmehr mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bestraft. Die notwendigen Arbeiten werden aber überdies nach Befinden auf Kosten der Säumigen ausgeführt.

Nach Ablauf einer Woche wird eine Besichtigung der Gärten durch den hiesigen Straßenmeister vorgenommen werden. Diefem ist der Zutritt zu den Grundstücken zu gestatten.

Naunhof, am 18. Juni 1921. Der Bürgermeister.

Übungen der Pflichtfeuerwehr.

Montag, den 20. Juni 1. Spritzenzug u. 3. Spritzenzug, Donnerstag, den 23. Juni 2. Spritzenzug und 4. Zug (Wachmannschaft).

Abends 1/8 Uhr Stellen am Gerdehaus.

Naunhof, am 18. Juni 1921. Der Bürgermeister.

In der gestrigen 11. diesjährigen Sitzung des Stadtminderates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Das Gesuch des Herrn Zimmerermeisterinhabers Max Böring — Neubau einer Zimmereiwerkstatt an der Bahnhofstraße — wurde bedingungsweise befürwortet. Auch die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen nach dem allgemeinen Baugesetz und der Ortsbauordnung wurden befürwortet. Das Gesuch des Herrn Fabrikbesizers Simon Supermann in Leipzig — Umbau des hiesigen Wohnhauses Lange Straße 66 — wurde vorgetragen und die Rechtslage wegen der durch das Baugrundstück geplanten Straße A des Bauungsplanes eingehend besprochen. Der Stadtminderat trägt Bedenken, das Gesuch zu befürworten. Bei der Weilergabe des Gesuchs an die Amtshauptmannschaft Grimma soll die Rechtslage dargelegt werden. Das Gesuch der Herren Gebrüder Junke — Erweiterung der Werkanlage an der Kurzen Straße — wurde bedingungsweise befürwortet.

2. Von einer Mitteilung des Bergamtes Freiberg über die Ausschleifung der Straße Naunhof-Fuchsheim von der Bebauung infolge des künftigen Kohlenabbaues nahm man Kenntnis. Der Stadtminderat befaßt darauf, daß das in Betracht kommende Gelände bebaubar bleibt.

3. Die mit 16525 Mk. 40 Pfg. berechnete, auf die Stadt Naunhof entfallende diesjährige Bezirkssteuer wurde bewilligt.

4. Von einem Rundschreiben des Landespenionsverbandes Sächsischer Gemeinden über Erhöhung der Beiträge nahm man Kenntnis.

5. Der Stadtminderat erklärt sich damit einverstanden, daß der Hypothekenzinssatz für alle Ausleihungen bei Sparkassengeldern auf 4%, v. B. festgesetzt wird. Der Verwaltungsbeitrag der Ausleihungen wurde auf 1 v. B. unter Wegfall der Urkundengebühr festgesetzt.

6. Dem Verschönerungsverein wurden auf Ansuchen 452 Mark anteilige Sommerfrischlegebühren bewilligt.

7. Ueber ein Gesuch des städtischen Verkehrsausschusses Naunhof um Verächtsichtigung bei Verteilung des Sparkassenüberschusses wurde Entschlebung gefaßt. Namentlich wurde dem Beschlusse des Sparkassenauschusses vom 25. Mai 1921 in der Sache beigetreten.

8. Den noch vorhandenen 8 Kriegsteilnehmern von 1870/71 sollen aus dem Sparkassenüberschuß insgesamt 400 Mk. ausbezahlt werden.

9. Gegen die Veranstaltung einer Hausammlung zur Errichtung eines Ehrenmals für die gefallenen Krieger durch den Ausschuß hat der Stadtminderat keine Bedenken. Er lehnt es aber ab, die Hausammlung, wie von der Ausschüßbehörde angeordnet, durch die Gemeinde auszuführen.

10. Das Gesuch des Herrn Kaufmann Ernst Kohn um Aufenthaltsgenehmigung in Naunhof wurde bedingungsweise genehmigt.

11. Vom Stande der Haftpflichtsache der Frau Auguste Christiane verw. Voigt nahm man Kenntnis.

12. Die Beschlüsse des Bauauschusses vom 9. d. M. wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die ein-

weilige Zurückstellung der Angelegenheit wegen des Umbaus der Abortanlage im Rathaus und der Hofstellen, um die Kenntnisnahme von der Ablehnung des Gesuchs des Stadtminderates wegen Beihilfedarlelehns für die geplanten Hofstandsbauden, um die Kenntnisnahme von einer Verordnung des Ministeriums wegen Gewährung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Ausbau von Wohnungen in bestehenden Gebäuden, um verschiedene Angelegenheiten wegen der Hofstandsbauden, um die Beschaffung von Brennholz für Rathaus, Schule und Gemeindefestweller, um den Verkauf der ehemaligen Marktpumpe an Herrn Schmiedemeister Wlner, um die Vornahme einer Beschäftigung der Hofstandsbauden.

13. Die Beschlüsse des Rechnungs- und Verfassungsausschusses vom 15. d. M. wurden genehmigt. Sie betrafen u. a. die Annahme des 7. Nachtrags zur Gemeindefestwellerordnung über die Zuwachssteuer, die Ablehnung eines Gesuchs von Beamtenanwärtern über die nachträgliche Gewährung von Eisenbahnschuld, die Sommerfrischlegebühren, die Festsetzung der Verpflegung für Häftlinge.

Darauf nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 17. Juni 1921. Der Bürgermeister.

„Wir klagen an!“

Der neue deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Rosen, hat seine Tätigkeit nicht ungeschickt damit eingeleitet, daß er den Mut zeigte, einmal den Spieß gegen Frankreich und England umzukehren. Der von Paris aus schon vierundzwanzig Stunden vorher in der Presse angekündigte Schritt ist nun in Berlin wirklich erfolgt. Der französische Botschafter und auch der englische Geschäftsträger erschienen, nicht zusammen, sondern jeder für sich, im Auswärtigen Amt und machten Vorstellungen wegen Obereschleffen! Auffallend ist, daß der Engländer dabei war, ebenso bemerkenswert, daß der Italiener fehlte. Das zeigt, daß Le Rond die englischen Kommissare in Obereschleffen für sich gewonnen hat, während die Italiener ehrlich genug waren, bei der Wahrheit zu bleiben.

Der Inhalt der Vorstellungen bei Dr. Rosen war, wie voraus bekannt, daß die Deutschen, und besonders der Selbstschuß, an den Zuständen in Obereschleffen schuld seien. Wäre der Selbstschuß unter General Hofer nicht so eigeninnig gewesen, so hätte die Interalliierte Kommission ihr „Prezige“ wiederherstellen, sich mit dem deutschen Zwölfer-Ausschuß einigen und das goldene Zeitalter in Obereschleffen herbeiführen können. Nur in einer Zeit der schlimmsten Bergewaltigung Deutschlands konnte so eine Sprache gewagt werden, für deren richtige Einschätzung anständliche Wörter weder im Deutschen noch im Französischen vorhanden sind. Die Sache läuft daraus hinaus, zu behaupten, daß die Deutschen die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß polnische Räuberbanden mordend und plündernd ins Land gefallen sind und mit nachschicker Hilfe der Franzosen dort tun, was sie wollen. Es ist auch gar nicht zu verstehen, was die Herren eigentl. von der deutschen Reichsregierung verlangen. Diese hat ja offiziell in Obereschleffen gar nichts zu sagen, so lange das Land nicht, dem Abstimmungsresultat entsprechend, endgültig dem Deutschen Reiche zugesprochen ist. Das hätte längst geschehen sollen und können, es ist aber nicht geschehen, und deshalb ist die einzige Regierung in Obereschleffen zurzeit die Interalliierte Kommission. Der deutsche Selbstschuß ist erst ins Leben getreten, als diese Kommission, wir wissen, warum, nicht in der Lage war, im Lande Sicherheit zu schaffen. Das dürfte Dr. Rosen den beiden Diplomaten genau deutlich gesagt haben, wie es der General Hofer den interalliierten Herren in Cypeln schon mehrfach klargewacht hat.

Dr. Rosen ist aber, und das ist das Erstreuliche an der Sache, noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat den beiden Gesandten, wahrscheinlich zu ihrer großen Überraschung, mitgeteilt, daß er nicht auf sie gewartet, sondern bereits seinerseits eine Note an die alliierten Regierungen abgefaßt habe, die an ihrer Spitze fast der üblichen diplomatischen Einleitung ganz gut die Worte Aolias tragen könnten: „Wir klagen an!“

Es ist klar, daß diese anklagende Note kaum etwas Neues für die Herren in Rom, Paris und London bringen kann. Das Neue daran ist, daß sie in amtlicher und recht verständlicher Form das bekräftigt, was schon seit Wochen täglich nicht bloß von deutschen, sondern auch von englischen und italienischen Berichterstattern aller Welt mitgeteilt worden ist. Seit sechs Wochen haust Korsant in Obereschleffen, Hunderte von friedlichen Bürgern sind, unbekannt wohin, verschleppt, Vieh ist weggetrieben, Gebäude zerstört, Menschen mißhandelt und getötet, die Ernte vernichtet, die Industrie lahmgelegt, alles unter den Augen der Interalliierten Kommission. Seit Ende Mai sind von der Entente starke Truppenverstärkungen gekommen, trotzdem ist noch fast das ganze Aufstandsgebiet in der Hand der Insurgenten, die durch reguläres polnisches Militär verstärkt werden, die ferner von Polen aus Waffen und Munition erhalten. Sehen die alliierten Truppen vor, so dürfen vorher die Polen mit all ihrem

Maude abziehen, und bald nachher kehren sie zurück. Mit bewundernswürdiger Selbstbeherrschung hat das schlesische Volk bisher die Ruhe gewahrt. Der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission gewählte Weg, die Insurgenten gütlich zum Abzug mit den Waffen zu bewegen, führt zu nichts; nur ein Eingreifen mit erstem Nachdruck kann helfen!

So etwa lautet der Inhalt der Note. Aus dem Diplomatischen in einfache Sprache überfetzt, ist das weiter nichts als eine klare und begründete Anklage gegen den jetzigen Nachhaber Le Rond, der es bisher immer noch verstanden hat, alle Maßregeln der übrigen zu sabotieren, damit der geliebte Korsant nur weiter plündern kann. In normalen Zeiten würde seine vorgesezte Regierung auf einen solchen Schritt nicht anders tun können, als dieses Musterbeispiel eines französischen Politik-Generals schleunigst abberufen. Aber wir leben eben nicht in normalen Zeiten, und Le Rond wird ja wohl gewußt haben, wenn er in Paris hinter sich hat, als er Korsants Raubzug ins Land ließ. Lloyd George aber war erstens „frank“, und zweitens vielleicht schon wieder einmal umgefallen. Bleibt also der zu erwartende Erfolg auch zweifelhaft, so ist es doch gut, daß wenigstens einmal an die Nachhaber, die jetzt die Welt regieren, vor aller Welt die Frage gerichtet wird, ob sie überhaupt noch Schamrot werden können.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Frankreich verlangt Ruhestof.

Einen wichtigen Gegenstand der weiteren französisch-deutschen Verhandlungen bilden, wie angenommen wird, neben der Erörterung der besonderen Reparationsfragen die durch die Reparationsverpflichtungen verursachten deutschen Einfuhrverbote. Nachdem die Aussicht auf eine Befreiung des Ruhrgebietes geschwunden sei, bestehe bei Frankreich die Absicht, nimmere auf dem Wege des Vertrages den für die Steigerung der Eisenproduktion Lothringens unentbehrlichen Ruhestof zu gewinnen. Deutschlands Position bei diesen Verhandlungen wird deshalb in London als sehr hart angesehen.

Nur geringe Ersparnisse an die Tschechen.

Die Tschechoslowakei hatte verlangt, Deutschland solle sieben Milliarden tschechische Kronen und siebenhundert Milliarden Franken an sie zahlen. Die Reparationskommission weist jedoch darauf hin, daß die tschechoslowakische Republik erst am 28. Oktober 1918 in den Kriegszustand mit Deutschland eingetreten sei, an jenem Tage nämlich, an welchem sie ihre Selbstständigkeit erklärte. Da sich jedoch fast alle von der Tschechoslowakei erhobenen Reparationsansprüche auf die Kriegsjahre von 1914—1918 beziehen, so wird nur ein kleiner Rest übrig bleiben, der den Anforderungen an Reparationen entspricht.

Unverwünschte ausländische Luxuswaren.

Der Reichswirtschaftsminister legte dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats einen Gesuchentwurf über die Überwachung des Verkehrs mit Luxuswaren zwischen dem unbefestigten und besetzten Gebiet vor. Man müsse ohne solche Überwachung eine Überschwemmung auch des unbefestigten Gebietes mit unverwünschten ausländischen Luxuswaren befürchten. Schon jetzt wird dieser Zustrom auf eine halbe bis eine Milliarde Mark monatlich geschätzt. Daraus ist vermuthlich die Schwächung der deutschen Valuta zurückzuführen. Der Ausschuß erklärte sich einstimmig mit dem Gesuchentwurf einverstanden.

Aus der Gefangenschaft heimkehrende Deutsche.

Der Dampfer Wigbert, der als erster Dampfer zur Abholung der in Ostasien, in Terek, Don- und Kuban-Gebiet, befindlichen Gefangenen nach Noworossisk gefahren war, ist am 13. Juni mit 1489 Heimkehrenden aller Nationalitäten, darunter 183 Reichsdeutschen, in Trief eingetroffen. Die reichsdeutschen Heimkehrenden werden dem Lager Lechfeld in Bayern zwecks Entlassung in die Heimat zugeleitet. Der Dampfer Wigbert kehrt nach Noworossisk zurück, um weitere Heimkehrende abzuholen.

Dänemark.

X Deutsch-dänische Beziehungen. Der dänische Ministerpräsident Scavenius hatte ein Gespräch mit dem Vertreter eines holländischen Vertreters, in der er sagte, die Richtung unserer Politik ist und bleibt eine sorgfältig abgewogene Neutralität. Bezüglich Korbisleswigs stehen wir auf der Grundlage des Vertrages von Versailles. Ich gebe zu, daß ich mir eine günstigere Lösung vorstellen könnte. Wir sind nun durchaus auf dem Wege einer freundlichen Regelung der zahlreichen Schwierigkeiten und Fragen, die sich aus dem Vertrag ergeben. Ich glaube zu meiner Freude konstatieren zu können, daß das deutsche Volk keinen Haß gegen uns hegt. Wir brauchen unseren Nachbarn im Süden nicht nach den Augen zu sehen, aber ausgedehnte Beziehungen mit ihnen sind für uns von großem Wert. Manche Leute behaupten, daß wir das Gebiet, das wir zurückbekommen haben, nur unter dem Schutz der gegenwärtigen Entente halten können. Wenn das wahr wäre, dann müßte ich begehren, daß wir es zu-

en eine Anzahl
ne von Bade-
nd Seebädern
ng aus.
auschuß.
arbeiten
er Bäder, Jahresab-
gemiffenhalter Bäder,
unter B.K. an Penfien
nweg 42 erbeten.
kan
TU
jetzt Brut-
nähren in
in u. s. w.,
igt.
rien.
löchen-A.
ogerie.
chnell u. billig Buch-
rei Güntz & Eule.
ene Trauung
zuzeigen
argarete
geb. Hessel
en erwiesenen
eren
ank
nsorfer Zer-
wünsche und
durch Allen
i. Frau
ngel.
erer teuren
neider
en u. schöne
es uns un-
seren Dank
auf diesem
n, Freunden
a und dem
erzl. Dank-
aus für seine
Geißel mit
Dies alles
ungsstunde
1921.
u. Kinder.